

Dokumentation zum Tagesseminar

Solidarität mit Nicaragua heute

am 13. März 2010 in Hamburg



Vorwort

Am Samstag, 13. März 2010 haben sich in Hamburg verschiedene Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet getroffen, um im Rahmen des Tagesseminars ‚Solidarität mit Nicaragua heute‘ über Solidaritätsarbeit mit Nicaragua im aktuellen Kontext und Ziele und Perspektiven dieser Arbeit zu diskutieren.

Diese Dokumentation ist eine Zusammenfassung der Beiträge vom Podium, der Ergebnisse der Arbeitsgruppen und aus der Diskussion auf Grundlage der Audio-Aufnahmen. Sie gibt die Meinungen der jeweiligen TeilnehmerInnen wieder, obwohl die einzelnen Beiträge nicht namentlich gekennzeichnet sind.

Hamburg, 9. Juli 2010

Redaktion

Pauline Bachmann (Nicaragua Verein Hamburg)

Alexander Laarmann (Nicaragua Verein Hamburg)

Nicaragua Verein Hamburg e.V.

Nernstweg 32

22765 Hamburg

Tel: 040-394404

Fax: 040-3909370

<http://www.nicaragua-verein.de>

nicaragua-verein@t-online.de

Einladung.....	4
Vorstellung von Positionen aus der Nicaragua-Solidarität.....	5
Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München (Andrés Schmidt)	5
Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal (Klaus Hess)	7
Christliche Initiative Romero, Münster (Thomas Krämer).....	9
El Rojito, Hamburg (Matthias Hein)	11
Nicaragua Verein Hamburg, Hamburg (Pauline Bachmann).....	13
Diskussion der vorgestellten Positionen.....	14
Arbeitsgruppen.....	21
Arbeitsgruppe ‚Kampagne gegen das Assoziierungsabkommen als Solidaritätsarbeit?‘ ..	22
Arbeitsgruppe ‚Solidaritätsarbeit: Wo verläuft die Grenze zwischen politischem Projekt und Entwicklungshilfe?‘.....	23
Arbeitsgruppe zu den Themen ‚Perspektiven und Adressaten der Solidaritätsarbeit‘, ‚Was kann man heute noch sinnvoll am Beispiel Nicaragua erklären?‘ und ‚Schlussfolgerungen unserer Nicaragua-Erfahrungen für unser eigenes politisches Handeln in der BRD‘	23
Abschlußdiskussion.....	25
Liste der teilnehmenden Organisationen.....	27

Einladung

Solidarität mit Nicaragua heute

Bundestreffen der Nicaragua-Solidarität: Tagesseminar zur Solidaritätsarbeit mit Nicaragua in Hamburg

Seit den 90er Jahren ist die ehemals sehr aktive internationalistische Debatte in der Nicaragua-Solidaritätsbewegung verebbt. Viele Gruppen haben sich ganz aufgelöst, ein Teil der Gruppen beschränkt sich auf praktische Solidaritätsarbeit und lokale Partnerschaften. Eine Debatte über Ziele der politischen Solidarität, über die Bewertung des Neosandinismus an der Macht, oder allgemeiner: über das emanzipatorische Projekt und die Rolle von Partei, Staat und sozialen Bewegungen wird nicht oder nur unter Expert/innen geführt bzw. verharret in alten Kriterien und Definitionen oder Trotzhaltungen. Dabei verfügen die noch aktiven Gruppen über Jahrzehnte Erfahrungen mit politischem Handeln, in direkten Beziehungen zu Akteuren der nicaraguanischen Zivilgesellschaft und über eigene Kriterien der politischen Bewertung.

Wir wollen gemeinsam von diesem Potenzial profitieren und laden euch ein, mit uns über diese Fragen zu diskutieren. Dabei setzen wir an der Debatte an, wie sie z.B. in der ila, aber auch in den Rundschreiben der Solidaritätsgruppen geführt wird.

Samstag, 13. März 2010 in der Werkstatt 3, 11.00-18.00 Uhr

Programm:

11.00-13.00 Uhr: Eröffnungs-Plenum

Verschiedene Positionen zur Struktur und Bandbreite der Positionen in der Nicaragua-Solidarität werden dargestellt.

13.00-14.00 Uhr: Mittagessen

14.00-16.00: 2-3 thematische Arbeitsgruppen zu Themen wie:

- Welches sind heute Kriterien linker/emanzipatorischer Politik?
- Perspektiven und Adressaten der Solidaritätsarbeit
- Was kann man heute noch sinnvoll am Beispiel Nicaraguas erklären?
- Was bringt den Menschen bzw. Gruppen in Nicaragua unsere Solidarität?
- Wo verläuft die Grenze zwischen politischem Projekt und Entwicklungshilfe?
- Kampagne gegen das Assoziierungsabkommen als Solidaritätsarbeit?
- Schlussfolgerungen unserer Nicaragua-Erfahrungen für unser eigenes politisches Handeln in der BRD

16.00-16.30 Uhr: Kaffee mit Austauschchecken

16.30- 18.00: Abschlussplenum:

Zusammenfassung der Diskussion, Vernetzung, Umsetzung der Ergebnisse, Fortführung anschließend in einem informellen Teil.

Veranstalter:

Nicaragua Verein Hamburg e.V.

Nernstweg 32

22765 Hamburg

Tel: 040-394404

Fax: 040-3909370

<http://www.nicaragua-verein.de>

nicaragua-verein@t-online.de

Vorstellung von Positionen aus der Nicaragua-Solidarität

Zur Eröffnung haben auf dem Podium fünf Organisationen aus der Nicaragua-Solidarität ihre Arbeit und Position gegenüber der aktuellen politischen Situation in Nicaragua dargestellt.

Auf dem Podium:

- Andrés Schmidt (Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München)
- Klaus Hess (Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal)
- Thomas Krämer (Christliche Initiative Romero, Münster)
- Matthias Hein (El Rojito, Hamburg)
- Pauline Bachmann (Nicaragua Verein Hamburg, Hamburg)
- Moderation: Alexander Laarmann (Nicaragua Verein Hamburg, Hamburg)

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München (Andrés Schmidt)

Was wir in Nicaragua machen ist weniger Projektarbeit als Zusammenarbeit mit Sozialen Bewegungen und Organisationen, die hauptsächlich der linken Opposition angehören. Wir suchen einen Bezug zur Realität hier und deswegen stehen bei unserer Arbeit im Wesentlichen weltwirtschaftliche Fragen im Vordergrund. Darüber stehen wir aber dann auch mit Leuten, die auf dem Land wohnen, in Kontakt.

Einschätzung der Situation in Nicaragua

Wir glauben, dass in Nicaragua Ortega zur Zeit keine wirklichen Gegner hat, weder von links noch von rechts, und gut im Sattel sitzt. Die Alternativen auf Parteiebene, für die wir uns einsetzen würden, sind gerade so schwach, dass wir aktuell politisch nicht auf diese Karte setzen würden.

Das Bestreben der Regierung verstehen wir so, dass es Ortega / Murillo und einer ungefähr 15-Leute-Clique um sie herum vor allen Dingen um den Erhalt ihrer Macht geht und um die Sicherung von Vorteilen für eine parteinahe Elite. Diesem Ziel ist alles andere untergeordnet.

Die FSLN in sich ist durch eine unsichtbare Trennlinie gespalten in eine Führungsschicht, die reich ist - die Piñata-Unternehmer - und die den Ton angibt, und eine Basis, die bevormundet und mit anderen Maßnahmen bedacht wird; Maßnahmen zur Einbindung der Parteibasis und auch darüber hinaus der restlichen Bevölkerung:

Auffällig ist der Pragmatismus gegenüber den Starken. Davon profitieren die nicaraguanschen Unternehmer einerseits, aber auch der IWF und z.B. CAFTA oder das Assoziierungsabkommen. Man verhält sich ganz klassisch unternehmerfreundlich, wie es auch Bolaños vorher nicht anders getan hatte, nur, dass man dabei auch die entscheidenden Vorteile der Unterstützung durch Venezuela zu Hilfe nimmt. Die räumen der Regierung einen beträchtlichen Handlungsspielraum ein, den so keine neoliberale Regierung vorher gehabt hatte.

Repression gibt es gegenüber den GegnerInnen. Das ist im Wesentlichen die linke Opposition, die rechte wird weniger mit Repression, sondern mehr mit anderen Einbindungstaktiken oder Erpressungstaktiken behandelt.

Klientelismus gegenüber der Gefolgschaft

Was wir immer unterschlagen finden - und da sitzen wir tatsächlich mit Günter Pohl (*Verfasser eines Artikels in der ILA mit positiver Beurteilung der FSLN-Regierung - Anm. d. Red.*) in einem Boot – ist, dass viel zu wenig berichtet wird, was die FSLN an sozialen Fortschritten und Erfolgen schafft. Unserer Erfahrung nach sind es nicht nur halbherzige Maßnahmen, sondern es sind in ihrer Tendenz entmündigende Maßnahmen. Es geht dabei nicht darum, in der Bevölkerung einen revolutionären Prozeß oder einen der Demokratisierung und Stärkung der Selbstverantwortung in Gang zu bringen, sondern es sind Maßnahmen, die den Leuten existenziell helfen. Es ist aus deren Perspektive, glauben wir, ganz entscheidend, dass sich konkret Sachen verbessern. Es wäre eigentlich interessant und wichtig als Grundlage, das alles noch mal aufzulisten, was die FSLN in diesen drei Jahren schon geschafft hat. Das sind gewaltige Leistungen, die auch von der UNESCO, von der FAO jeweils positiv beurteilt wurden: Alphabetisierung, Gesundheit, Bildung, Straßen, Wohnungen, aber immer mit Tendenz zu Klientelismus und zur Entmündigung. So man kann z.B. sagen, die Gesundheitsversorgung ist wirklich für alle, Schulbildung und Alphabetisierung auch, und das sind wirklich Erfolge, die nicht von der Hand zu weisen sind. Und es ist unserer Meinung nach eine Projektion von uns, das klein zu reden, weil es für die Leute dort selbst viel wichtiger ist, als die Frage, ob der MRS verboten wird oder nicht.

Wir beziehen uns – als Konsequenz daraus - auf soziale Bewegungen, die auch die Verbesserung der Lebensumstände in ihrem Fokus haben, das auf dem Land in praktischer Arbeit machen und vor allen Dingen auch im Widerstand gegen eine neoliberale Politik, die von Ortega auch zum Teil mitgetragen wird. Konkret ist es das Assoziierungsabkommen Europa – Zentralamerika, das sich jetzt gerade in der letzten Phase der Verhandlungen befindet. Das finden wir insofern sehr wichtig und interessant, weil unsere Arbeit auch vor allen Dingen hier in Deutschland stattfindet. Deswegen sind wir auch weniger auf Projektarbeit fokussiert, die wir zwar nicht schlecht finden, aber unser Fokus ist nun mal, hier Bildungsarbeit zu machen und in Diskurse einzuwirken, die hier vor sich gehen.

Zusammenfassende Thesen

Klientelismus: im Prinzip ist die Revolution Unterbrechung gewesen von der langen Tradition des Caudillismo und daran wird jetzt wieder angeknüpft. Alemán ist ein Caudillo, Ortega auch, das ist eine ganz andere Sorte von Politik. Das ist nicht Demokratie wo jeder eine Stimme hat und dann wird sich geeinigt, sondern man wählt eben für seinen Caudillo und dem ist man dann treu und hofft darauf, dass der für einen was macht. So stellen wir uns nach wie vor weite Teile der nicaraguanischen Bevölkerung vor und denken, dass ihnen deshalb eine Demokratisierung vielleicht nicht so wichtig ist wie uns.

Entkoppeln von Demokratie und Verbesserung der Lebensumstände: Uns ist aufgefallen, dass es eine klassische Denkweise von einer westdeutschen Linken ist, zu glauben, die Lebensumstände der Bevölkerung würden sich dann verbessern, wenn die Bevölkerung auch Macht hat. In Nicaragua sehen wir aber das Gegenteil, zu Alemáns, zu Chamorros und auch zu Bolaños Zeiten war die Bevölkerung mächtiger als jetzt. Es gibt jetzt mehr Maßnahmen, die in der Tendenz diktatorisch sind als damals, die Bevölkerung hat es aber trotzdem bes-

ser. Das ist etwas, was wir hier ungern zusammen denken, bei uns ist im Gegenteil gekoppelt, dass mehr Macht beim Volk auch eine Verbesserung der Lebensumstände bedeutet. Und das ist jetzt in Nicaragua genau umgekehrt, sodass daraus viele Missverständnisse entstehen.

Carlos Ruiz, vom Movimiento Comunal in Matagalpa sagt: Die FSLN kann nur so funktionieren. Sie ist in sich ungeheuer geschickt im Machterhalt, indem sie eine revolutionäre Propaganda betreibt, um die Massen einzubinden, aber im Prinzip ist ihr Interesse das der Elite der Frente und das kann nur so funktionieren, in dem man die Massen entmündigt, das mit einer revolutionären Propaganda übertüncht und im Effekt eine Politik macht, die vor allen Dingen diesen Leuten dient.

Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal (Klaus Hess)

Die Frage „Solidarisch mit der FSLN-Regierung?“ finden wir falsch gestellt: die Frage polarisiert am falschen Punkt, wie wir denken, und führt in eine falsche Richtung, so dass man sich abarbeitet an dem, was eine Regierung irgendwo anders in der Welt jetzt schlecht oder gut macht. Das spaltet dann die Gruppen, die in der Solidaritätsarbeit tätig sind, auch an dem Tatbestand, dass das ja eine Regierung ist, die nicht unsere ist - und verschleiert auch eher die Frage, was denn überhaupt ein emanzipatorisches Projekt ist, was die Träger eines solchen Projektes sind und vor welcher Situation sie stehen und welche Forderungen sie stellen.

Das hat ja auch in den 90er Jahren dazu geführt, dass sich viele Gruppen aus Frustration darüber, dass die antiimperialistische Regierung nicht mehr an der Macht ist, dann auch als Gruppen hier zurück gezogen haben. Und andererseits gibt es auch Gruppen, die sich jetzt aus Trotz oder in einer ‚jetzt erst Recht‘-Haltung mit einer Regierung solidarisieren oder mit ihr sympathisieren, trotz der erkennbaren Handlungen, die diese Regierung vollzieht.

Wir haben da ein Stück weit mit Schuld, dass wir uns an so einer Frage abgearbeitet haben, das hat seine Erklärung auch in unserer eigenen Geschichte. Wir haben in der Zusammenarbeit mit der FSLN und der Regierung in den 80er Jahren ein Stück Antimperialismus für uns gesehen und haben darüber die konkreten Bedingungen für die einzelnen Menschen – die wirklichen Subjekte – aus den Augen verloren. Das ist auch ein Stück Selbstkritik, die wir seit den 90ern betrieben haben, dass wir heute sagen, in einer Befreiungsbewegung an der Macht, im Konzept einer Avantgardepartei und überhaupt in nationaler Befreiung, nationaler Revolution sehen wir keine Orientierung mehr.

Wir haben seit dieser Zeit versucht, mit den aktiven sozialen Bewegungen in Nicaragua, mit den Projektpartnern, mit denen wir im Austausch stehen, ein anderes, persönlicheres Verhältnis aufzubauen, also ein nicht so politisch funktionalisiertes. In diesem Austausch praktizieren wir mit den Projektpartnern nicht hauptsächlich materielle Solidarität, sondern es wird auch gemeinsam gelernt und die Kriterien dafür werden mit diesen Partnern und Partnerinnen zusammen entwickelt, wie sie überhaupt ein emanzipatorisches Projekt sehen. Daraus werden dann für uns Erfahrungen abgeleitet, wie wir denn uns selbst in der Bundesrepublik organisieren.

Wir haben uns gefragt, was sind denn für uns Bedingungen für und Ansprüche an ein emanzipatorisches Projekt, und wer greift es in Nicaragua auf, bringt es voran und wer behindert es? Da komme ich auf eine ganz andere Ebene von Fragen und von Antworten, nämlich die Frage: beziehen wir uns auf die aktuelle Regierung nur insofern, wie sie diesen Forderungen, die eben soziale Bewegungen auch stellen, entspricht? Und wenn sie diesen Forderungen entspricht, finden wir diese Punkte positiv? Also wenn es um Verteilungsgerechtigkeit geht, Bildungsprogramme, Gesundheit der Landbevölkerung usw. dann entspricht der aktuelle Regierungskurs den Forderungen der sozialen Bewegungen, und zwar nicht als Gewährleistung eines paternalistischen, eines guten Staates, sondern als Rechte, die eben die Individuen haben, als Rechte und Ansprüche im Rahmen ihrer Gesellschaft.

Diese Kriterien, möchte ich in ein paar Punkten skizzieren, da messen wir zum Teil auch die FSLN an den Ansprüchen, wie sie in den 80er Jahren formuliert worden sind.

Erstens muß die supranationale Kooperation gleichberechtigt und sozial gestaltet werden. Das ist eine Forderung, die die ‚Alianza Social Continental‘ auch nach vorne gebracht hat und die es in Nicaragua auch gibt mit ‚Otro mundo es posible‘. Es gibt die Möglichkeit einer Alimentierung im Rahmen der Blocklogik nicht mehr, dass ein Land unterstützt und irgendwie durchgebracht wird, weil es sich in einer bestimmten Richtung positioniert, ob das antiimperialistisch ist oder sozialistisch, diese Chance gibt es nicht mehr. Es gibt aber auch keine Möglichkeit, sich über nationale Autarkie zu entwickeln. Also das heißt, ich muss eine gleichberechtigte und soziale Gestaltung der supranationalen Kooperation vorantreiben.

Das zweite ist, dass mit dem Abtritt der FSLN besonders die Frauenbewegung die individuellen Selbstbestimmungsrechte nach vorne gebracht hat und eine Kritik an Herrschaft, Paternalismus und Macht führt. Und das ist auch eine Kritik an strukturellen Ungleichgewichten, an selektivem Zugang zu Land, aber auch an Hierarchie- und Organisationskritik in Verbänden und auch eine Forderung gegenüber dem paternalistischen Staat. Das ist für uns eine ganz wichtige Orientierung, Macht und Herrschaft auch kritisch gegenüber dem Staat zu organisieren.

Damit hängt drittens auch die neue wichtige Rolle der Selbstorganisation in der Zivilgesellschaft zusammen. Es ist nicht die Partei, die das zivile Leben organisiert, sondern es sind die Gruppen in ihrer Verschiedenheit, die politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte in die Debatte bringen, die das Leben bereichern bis hin zu den Kanälen, also zu Fernsehen, zu Radioprogrammen, in denen sie solche politischen Konzepte auch äußern.

Der vierte Punkt – der so kontrovers in der Ila diskutiert worden ist – ist die Frage: kommt erst soziale Gerechtigkeit oder erst Demokratie? So sagt ja Ortega: „Primero justicia, después democracia!“ („Zuerst Gerechtigkeit, danach Demokratie!“), da fragen wir: warum gibt es da eine Hierarchie? Demokratische Freiheiten sind gleichberechtigt mit sozialer Gerechtigkeit, und das ‚patria libre‘ (‚freies Vaterland‘), was in den 80er Jahren von der FSLN transportiert worden ist, wird heute zur Forderung auch an den Staat, Bürgerfreiheiten, also Meinungs-, Rede- und Organisationsfreiheit, zu garantieren. Mit welcher Berechtigung wird Frauenbewegungen, wird kommunitären Bewegungen untersagt, ihre politischen Ideen auch auf der Straße zu vertreten? Das ist uns nicht eingängig. Also, wir finden, dass es wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte gibt, die der Staat zu garantieren hat und das grenzt sich ab von klientelistischer Verteilungspolitik. Es ist nicht eine Leistung des (guten) Staates, dass es eine Kuh, ein Schaf und ein Huhn gibt, sondern das ist ein Recht der BürgerInnen. Und

natürlich ist das, was heute an Verteilung passiert, besser als das, was in den 16 neoliberalen Jahren passiert ist, aber es als großzügige Tat eines Präsidenten auszuweisen steht dem entgegen, dass es ein Bürgerrecht ist.

Eigentumsformen jenseits von Markt- und Staatseigentum sind ein wichtiger Punkt. Soziales Eigentum oder solidarisches Eigentum – da gibt es verschiedene Begriffe, über die wir uns nicht streiten wollen-, und der Zugang für alle zu allen Produktionsmöglichkeiten, soziale Netze zur Regulierung und die Kooperativen und das kommunitäre Eigentum, was also auch in kommunalen Bewegungen geschaffen wird, das ist auch ein Garant für Ernährungssouveränität auf allen Ebenen: der persönlichen, der kollektiven, der kommunitären bis hin zur nationalen Ebene gegen die Marktmacht und gegen Kriterien, die das Eigentum nur wirtschaftlich zurichten.

Professionelle, verfassungsmäßig arbeitende Staatsorgane. Das hätte uns vielleicht in den 80er Jahren nicht den Dreck interessiert, Hauptsache, es ist eine gute Regierung. Aber da sagen Organisationen – nicht nur CENIDH -: wir haben in den 80er Jahren dafür gekämpft, dass wir einen Staat haben, dass wir einen Präsidenten haben, dass wir verfassungsmäßige Organe haben, die sich nicht selbst bedienen und bereichern, einen Staat, der kein Apparat ist, um an Macht zu kommen, sondern eine professionelle Ausübung der Staatsorgane gewährleistet. Es gibt nun mal eine gute Verfassung und da wollen wir auch, dass sich egal, ob rechts oder links, jeder dran hält.

Christliche Initiative Romero, Münster (Thomas Krämer)

Vielleicht stelle ich mich und die Christliche Initiative Romero (CIR) erst noch einmal kurz vor. Wir haben zwei Schwerpunkte in unserer Arbeit, einerseits Projektarbeit, d.h. im konkreten Fall unterstützen wir in Nicaragua ca. 20 Projektorganisationen finanziell und auf der anderen Seite die Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland und in Europa mit anderen zusammen. Idealerweise verbinden wir diese beiden Aspekte, dass eben auch solche Partner finanziell unterstützt werden, mit denen wir dann auch in den politischen Kampagnen kooperieren. Nicht immer ist das der Fall, aber diese beiden Bereiche sind uns in unserer Arbeit sehr wichtig.

Kampagnenarbeit zu Nicaragua heißt beispielsweise, dass wir in den 90ern bei der Maquila-Initiative dabei waren, das hat sich dann fortgesetzt in der ‚Kampagne für saubere Kleidung‘, also das Thema der Weltmarktfabriken in Mittelamerika. Dann arbeiten auch wir zum Assoziierungsabkommen EU – Mittelamerika, weiter zu Themen wie Kinderarbeit mit Unterstützung der ‚Bewegung arbeitender Kinder in Lateinamerika‘. Oder zum Thema Gewalt gegen Frauen, das auch in unserer Projektarbeit einen Schwerpunkt bildet, wobei wir versuchen, das mit Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit hier in Deutschland zu verbinden.

Es wurden ja bei der Einladung zu dieser Veranstaltung auch Fragen in den Raum gestellt: Gibt es ein definiertes linkes bzw. emanzipatorisches gesellschaftliches Projekt in Nicaragua, mit dem wir solidarisch sein können? Da ist unsere Antwort ganz klar: nein, das gibt es weder auf Regierungs- und Parteiebene noch auf der Ebene der Zivilgesellschaft. Zwar sehen wir in den Organisationen der Zivilgesellschaft unsere natürlichen Ansprechpartnerinnen und –partner, mit denen wir solidarisch kooperieren wollen, machen da aber kein wie auch immer geartetes homogenes, fortschrittliches Projekt aus. Es handelt sich zum Teil um eine sehr heterogene Zusammensetzung mit einenden historischen Wurzeln, aber jetzt in der aktuellen, konkreten politischen Arbeit sind die Projekte doch sehr differenziert, auch in ihren Per-

spektiven. Aber wir können mit denen solidarisch sein, ohne dass wir alle unter einen Hut packen können und dabei sind wir vor konkrete Herausforderungen gestellt.

Denn unseren Einschätzungen zufolge ist die politische Polarisierung in der Zivilgesellschaft sehr stark. Das hat mit dem Hintergrund der 80er Jahre zu tun, mit den persönlichen Geschichten der einzelnen Akteure, mit großen Enttäuschungen, Verletzungen, so dass meines Erachtens vielen unserer Partner der nüchterne Blick auf z.B. die aktuelle Regierungspolitik fehlt. Es wird sehr stark schwarz-weiß gesehen, also entweder ist alles schlecht oder alles gut. Aber es gibt eben auch einige Akteure in der Zivilgesellschaft, die immer noch sehr parteinah sind und die dann versuchen, alles zu rechtfertigen. Das ist eine Polarisierung, die auf dem historischen Hintergrund zwar verständlich ist, die wir hier aber natürlich auf keinen Fall kopieren sollten. Zwar sind auch viele von uns emotional, persönlich und von ihrer Sozialisation her mit der Geschichte des Landes eng verbunden, aber ich glaube, wir sollten da genügend Abstand wahren, um tatsächlich sagen zu können: da gibt es Dinge, gerade im Demokratiebereich, die sind einfach nicht hin zu nehmen, die müssen verurteilt werden und dann müssen wir auch solidarisch mit denen sein, die entweder Opfer von Repressionen sind oder Akteure, die gegen die Repression aufstehen und sagen „so nicht“. Aber gleichzeitig muss man auch benennen können, wo es positive Entwicklungen gibt, soziale Verbesserungen, auch wenn sie nicht emanzipatorisch angelegt sind, Verbesserungen in den Lebensbedingungen der Menschen, ohne das gleich wieder zu kritisieren als Form des Klientelismus oder der Selbstbereicherung.

Streben nach Machterhalt spielt natürlich auch immer mit, aber deswegen sind viele soziale, sozialpolitische und ökonomische Maßnahmen der Regierung nicht von vorneherein schlecht, insbesondere, wenn man sie daran misst, was die Vorgänger Regierungen gemacht haben. Sie sind vielleicht schlecht, wenn man sie daran misst, was man sich eigentlich wünscht, was man erwartet von einer revolutionären sandinistischen Bewegung, Partei und Regierung. Dann sind natürlich die Enttäuschungen groß, aber wenn man sieht, was in den 90er Jahren und in den letzten Jahren bis zur Amtübernahme der Sandinisten passiert ist, dann muß man wirklich sagen, das es da positive Veränderungen gibt. Und das sollten wir uns auch nicht scheuen, öffentlich darzustellen.

Wir sollten die politische Polarisierung nicht kopieren, hier bei uns nicht und auch nicht in der Zusammenarbeit mit den Partnern vor Ort. Bei der Auswahl der Organisationen sollten wir keine zu engen Kriterien anlegen. Ich kann mich noch erinnern, als ich mit Vilma Núñez vom CENIDH in den 90er Jahren gesprochen habe und wo sie die FSLN-Politik, auch die Ausgrenzung von parteiinternen Kritikern legitimiert und gerechtfertigt hat. Da war sie noch in der Partei und stand auf Seiten Ortegas. Dann hat sie einen Prozess durchgemacht, mittlerweile gehört sie zu den schärfsten Kritikern. Diese Kritiker gehen –in absurder Weise, wie ich finde- sogar dazu über, die Regierung als Diktatur zu bezeichnen und mit dem Regime Somozas auf eine Stufe zu stellen, da kann ich wirklich nicht mehr folgen. Aber so sieht man, dass auch die Partner sich verändern im Laufe der Jahre.

Bei den Organisationen in Nicaragua sehe ich im Moment drei Tendenzen: einige stehen in ganz schroffer Ablehnung gegenüber der Regierung und verurteilen alles, was von Seiten der Regierung gemacht wird. Dann haben wir auf der anderen Seite die parteinahen Organisationen, die alles rechtfertigen. Wir haben aber auch, ich glaube sogar, das große, vielleicht das größte Feld, das Mittelfeld von Organisationen, die eine kritische Distanz zur FSLN-Politik haben, aber gleichzeitig sagen, was bringt uns das, wenn wir uns in unserer Arbeit abar-

beiten an dieser Regierung und an den Maßnahmen, die wir nicht akzeptieren. Das bringt uns in der Sache, in unseren konkreten Forderungen für Frauenrechte, für Rechte von Campesinos oder was auch immer, nicht weiter. Wir fahren einen pragmatischen Kurs, was auch heißt, wir müssen mit den Strukturen, die geschaffen worden sind seitens der Partei, irgendwie zusammen arbeiten, aber bleiben auf kritischer Distanz, ohne die direkte Konfrontation zu suchen. Das ist meiner Meinung nach auch eine akzeptable, pragmatische Herangehensweise an die aktuelle Situation und wir zumindest unterstützen sowohl diejenigen, die auf Konfrontation gehen und die unsere Solidarität brauchen, weil sie zum Teil auch physisch gar gefährdet sind aber eben auch die, die sagen, wir fahren einen anderen Kurs.

Diese Art der Solidarität kann sich dann in verschiedenen Formen ausdrücken. Das kann finanziell sein, man sollte das nicht unterschätzen und auch nicht als Entwicklungshilfe abtun. Diese Partner haben nur diese Stärke, haben auch nur den gesellschaftlichen Einfluss dadurch, dass sie Geld überwiegend aus Europa bekommen. Die Zivilgesellschaft in Nicaragua wäre politisch kaum wahrnehmbar, wenn es diese Mittelflüsse, diese Finanzflüsse nicht geben würde. Aber natürlich ist nicht nur die finanzielle Unterstützung wichtig, auch die politische in Kampagnen.

Das können dann Themen sein, die wir auch hier transportieren können. Es ist ideal, wenn es hier Anknüpfungspunkte gibt, wie beim Thema der Maquilas oder beim Thema des Assoziierungsabkommens. Aber wir müssen auch solidarisch sein in konkreten Punkten, wo es einfach nur darum geht, Öffentlichkeit zu schaffen und vor Ort den jeweiligen Akteuren in Regierung, Justizkreisen oder wo auch immer zu zeigen: es gibt jemanden, der darauf schaut und der nicht akzeptiert, was ihr da macht. Ein Beispiel hierfür ist die Kampagne gegen das totale Abtreibungsverbot. Das ist kein Thema, das hier große Öffentlichkeit erreicht und trotzdem ist es wichtig, dass wir auch an solchen Themen aktiv werden und Unterstützung zeigen.

El Rojito, Hamburg (Matthias Hein)

Wir handeln seit über 20 Jahren mit Kaffee aus Nicaragua bzw. mittlerweile aus ganz Lateinamerika. Das erste Sortiment, das wir in den Handel gebracht haben, das war das Sandino-Sortiment. ‚Sandino Dröhnung‘ war der erste Kaffee, den wir vertrieben haben und gerade jüngst haben wir ganz unabhängig hiervon Anlass gehabt, da noch mal ein bisschen darüber nachzudenken, was bedeutet ‚Sandino‘ heutzutage eigentlich, verbinden wir damit noch irgendetwas, passt er noch in die heutige Zeit, wofür steht er überhaupt? Es war sozusagen ein Zuruf aus dem Publikum, den wir für uns selber auch noch mal beantworten mussten. Und der Name steht natürlich nicht für die FSLN, sonst würde der Kaffee ja Sandinista heißen oder Espresso Ortega oder so ähnlich. Er geht zurück auf Augusto Cesar Sandino.

Viele von uns sind ja in Nicaragua gewesen, gerade nach der Revolution. ‚Auf Brigade‘, wie es damals hieß, und man hat da konkrete Menschen und konkrete Zustände kennen gelernt. Die Gründungsmitglieder wollten damals auch danach weiterhin etwas Konkretes, Praktisches tun, um die Menschen, die sie kennen gelernt haben, in ihrem Kampf um Selbstbestimmung, um den ganz selbstverständlichen Wohlstand zu unterstützen.

Und eine Zeit lang war es so, dass diese Ideale der nicaraguanischen Revolution von der FSLN-Regierung auch ganz gut vertreten worden sind. Für uns ist die staatliche Außenhan-

delsorganisation ENCAFE damals ein akzeptabler Partner gewesen, aber eben auch nicht mehr als ein Partner auf der Handelsebene. Wir haben es immer mit Augusto Sandino selbst gehalten, dass ‚gegen Imperialismus zu arbeiten‘ im Wesentlichen bedeutet, Basisorganisationen, Genossenschaften und Gewerkschaften zu unterstützen, und natürlich freien Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Regierungen und Parteien, das haben wir eigentlich von Anfang an anderen überlassen.

Es ist natürlich immer schön, wenn man in der politischen Landschaft einen Verbündeten hat, zumal im Regierungslager. Aber das war nicht unsere Zielrichtung, deswegen haben wir den Verein nicht gegründet.

Das war später ein Vorteil, weil wir dann 1990 nicht so sehr unter diesem schon oft beschriebenen Schock gestanden sind. Natürlich gab es auch bei uns Diskussionen, machen wir weiter oder nicht und wenn ja, mit wem. Aber wir hatten tatsächlich nie das Gefühl, dass uns der Handlungsrahmen entzogen worden ist durch die Abwahl der FSLN. Unsere Partner waren echte Menschen, mit denen wir echte persönliche Kontakte hatten und keine Organisationen, die miteinander irgendetwas verhandeln. Derzeit ist es natürlich so, dass die FSLN als Organisation für uns auch nicht wirklich in Betracht käme, selbst wenn wir in der Richtung einen Partner suchen würden. Das muss ich nicht erklären, warum das so ist. Aber wir wollen natürlich auch nicht vergessen, dass die FSLN an dem, was sie jetzt ist und was Nicaragua jetzt ist, nicht alleine Schuld hat, es gab schließlich den Contrakrieg, der 60.000 Menschen das Leben gekostet hat, mit verminten Häfen, zerstörter Infrastruktur, der Wirtschaft am Boden. Das hat den Aufbau einer Zivilgesellschaft eigentlich bis heute nachhaltig ver- oder behindert. Die FSLN ist damals ja nicht abgewählt worden, weil sie so korrupt gewesen wäre, sondern weil die Menschen einfach kriegsmüde waren.

Unter diesem Aspekt betrachtet stellt sich eigentlich für uns jetzt nicht so sehr die Frage, braucht man heute noch so etwas wie die Figur oder das Ideal von Sandino. Natürlich braucht man sie noch, denn die Zustände, die er in der 30er Jahren des letzten Jahrhunderts bekämpft hat, sind immer noch präsent, vielleicht in anderer Form.

Es sind z.B. viele Dinge der Privatisierung zum Opfer gefallen, an die Stelle von unterdrückenden Regierungen sind an ganz vielen Stellen Kartelle getreten, die mit Milliardenumsätzen im Organ- Drogen- und Menschenhandel ihren Counterparts an den legalen Börsen der Welt durchaus das Wasser reichen können.

Der Freiheitskampf ist heute auch nicht mehr unbedingt ein Kampf, den politische Organisationen führen, sondern es ist ein Kampf, den private Menschen in ihrem privaten Leben um ihr privates bisschen Überleben kämpfen und um die ganz wichtigen Dinge – um Essen zu haben, nicht unter sklavenähnlichen Bedingungen schufteln zu müssen. Dass die Kinder zur Schule gehen können, dass man sicher sein kann, dass sie abends nach Hause kommen und eben nicht als Drogenkoffer oder Organdepot auch nur einfach der Abschreckung wegen irgendwo auf der Straße liegen.

Freiheitskampf heute bedeutet, dass ich mich nicht über tausende von Kilometern auf den Weg machen muss mit kläglichen Überlebenschancen, um dann in den Wohlstandszonen auch wieder als Sklave oder als Prostituierte arbeiten zu müssen. Aber das ist ja etwas privates, es gibt keine Organisation, die Hunderttausende auf den Marsch nach Norden schickt.

Unser Ansatz ist der, dass wir auf unserer privaten Basis mit den Menschen, die wir da drüben kennen, versuchen, zu entwickeln und aufzuzeigen, dass es möglich ist, einen Welthandel zu organisieren, der eben nicht auf Ausbeutung und Erniedrigung basiert. Damit wollen wir dieses derzeit herrschende System der Erniedrigung, das sich so frech als einzig praktikable Lösung vorstellt, ad absurdum führen und zeigen, dass das derzeitige System nicht die Lösung ist, sondern das Problem, und dass es eine Alternative dazu gibt.

Frage aus dem Publikum: Was sind die konkreten Probleme und Hindernisse, auf die Ihr bei Eurer Arbeit stoßt, in Nicaragua auf der einen Seite und hier bei uns auf der anderen?

Früher waren wir so eine Art Dienstleister für die Solidaritätsbewegung. Dieser Vertriebsweg, das möchte ich mal so betriebswirtschaftlich ausdrücken, ist uns irgendwann weggebrochen und wir mussten also überlegen: entweder wir machen den Laden dicht oder wir suchen uns einen neuen Vertriebsweg. Das ist, glaube ich, die größte Herausforderung gewesen. Eine Andere war, dass natürlich unsere Partner in Nicaragua sich eine neue Struktur geben mussten, und das ist nicht ganz reibungsfrei verlaufen.

Nicaragua Verein Hamburg, Hamburg (Pauline Bachmann)

Der Nicaragua Verein arbeitet hauptsächlich im Rahmen der Partnerschaft zwischen León und Hamburg. Auch er hat ursprünglich einmal sein Selbstverständnis aus der Solidarität mit der sandinistischen Revolution gezogen und der damit verbundenen Partei, der FSLN, was sich im Laufe der Entwicklung verändert hat. Die Aufgabe der revolutionären Ziele der Ortega-FSLN wurde zwar schon früh bemerkt und auch kritisiert, aber da unsere hauptsächlichste Arbeit in León stattgefunden hat und wir uns da auf verschiedene herausragende FSLN-Bürgermeister verlassen konnten, haben wir dann doch sehr spät angefangen, eine konkrete Position zu beziehen.

Im Laufe der Zeit hat sich der Schwerpunkt der Vereinsarbeit zunehmend von gesellschaftspolitischen Themen hin zu entwicklungspolitischen Themen verlagert und die Projektarbeit nimmt dabei den Hauptteil unserer Arbeit ein, weniger die politische Arbeit. Es geht uns dabei vor allen Dingen um die Unterstützung von Basisprojekten nicaraguanischer Organisationen, also einmal im sozialen Bereich zur Verbesserung von Lebensverhältnissen der Menschen in Nicaragua, aber auch zur Förderung der Emanzipation der Beteiligten. Die Förderung des Austauschs zwischen León und Hamburg nimmt einen breiten Raum ein – es gibt z.B. zahlreiche Schulpartnerschaften, die in diesem Rahmen existieren. Ziel in diesem Zusammenhang ist Bewusstseinsbildung für die jeweils anderen Verhältnisse in Hamburg und in León.

Politische Positionen beziehen wir hauptsächlich in unserer Öffentlichkeitsarbeit hier. In letzter Zeit war unsere Berichterstattung ziemlich negativ, was Nicaragua und die politischen Verhältnisse dort betrifft. Das ist zum Teil auch aus persönlicher Enttäuschung über die dortigen Entwicklungen heraus entstanden. Uns wurde in diesem Zusammenhang vorgeworfen, dass wir überwiegend negative Nachrichten über Nicaragua bringen und dass diese negativen Nachrichten auch der Partnerschaft zwischen León und Hamburg schaden. Wir denken aber, dass wir nichts falsch dargestellt haben, sondern diese negativen Nachrichten, die wir gebracht haben, einfach Fakten sind, die nicht außer Acht gelassen werden sollten.

Anstöße für politische Entwicklungen sehen wir in absehbarer Zeit nicht von den regierenden Parteien – da sind aus unserer Sicht kaum Veränderungen zu erwarten. Wir sehen deshalb unsere künftige Aufgabe vor allem darin, die emanzipatorischen Bewegungen zu unterstützen, die in Opposition zum korrupten Parteiensystem stehen. Für die Relevanz von sozialen Bewegungen ist nicht nur der inhaltliche Ansatz wichtig, sondern für uns ist auch die ‚Machtfrage‘ interessant, also: wen können diese Basisbewegungen ansprechen, wie kann die Bewegung verbreitert werden. Gesellschaftspolitisch interessante Fragen sind dabei für uns auch über Nicaragua hinaus einmal: Machteliten, wo kommen sie her? Welche Rollen spielen ethnische Minderheiten in Bezug auf Herrschaft? Was ist die Rolle von Machismo und der Bezug zum Caudillismo?

Durch die langjährige Solidaritätsarbeit mit Nicaragua besteht natürlich einfach eine größere Nähe zu Nicaragua als zu anderen Ländern des globalen Südens. Diese Beziehungen möchten wir langfristig erhalten und ausbauen, ebenfalls ein sehr wichtiges Ziel unserer Vereinsarbeit.

Die intensive Beschäftigung mit Nicaragua hat die Solidaritätsbewegung auch durch Fehler viel über die Partnerschaft zwischen ‚Ungleichen‘ lernen lassen und wir denken, dass diese Erfahrungen auch in anderen Zusammenhängen nutzbar gemacht werden könnten und auch sollten.

Ehrenamtliches Engagement wird hauptsächlich motiviert durch gemeinsame Begeisterung und eben auch durch greifbare Erfolge in der Arbeit. Weil aus unserer Perspektive Nicaragua gesellschaftspolitisch im Moment kaum noch interessant ist, auch wegen des Parteien- und Machtgeklüngels, das eher abschreckend als motivierend für soziales Engagement wirkt, müssen wir andere Motivationen finden, um das solidarische Engagement mit Nicaragua hier in Hamburg weiterführen zu können und um auch eine breitere Öffentlichkeit dafür zu interessieren.

Frage aus dem Publikum: Habe ich richtig verstanden, dass Ihr im Moment in einer Phase seid, in der ihr viel Projektarbeit macht, aber hinkommen wollt zu einer Phase, in der ihr mehr politische Arbeit macht, Basisbewegungen stärken, emanzipatorische Ansätze stärken?

Ja, aber bisher waren einfach nicht die Kapazitäten da, um wirklich eine klare politische Linie zu definieren.

Frage aus dem Publikum: Mit wem konkret arbeitet Ihr im Moment zusammen?

Das Hauptprojekt ‚Las Tías‘ ist ein Straßenkinderprojekt, wir haben ein Naturheilprojekt, ein Infrastrukturprojekt und noch zwei Frauenprojekte (CECAMO und Xochilt Acaltl).

Diskussion der vorgestellten Positionen

Einschätzung zu den vorgestellten Positionen: in den letzten zwei Jahren hat sich das Bild in der Nicaragua-Solidarität verändert. Durchweg alle sehen die FSLN ambivalent, aber auch weniger heftige Angriffe auf die FSLN als früher. Es gibt vielfältige Bezugnahme auf soziale

Bewegungen, emanzipatorische Projekte und außerparlamentarische Organisationen, eine ‚linke Opposition‘.

Wird eine neue ‚linke Opposition‘ in Nicaragua von uns konstruiert?

These: Von den Organisationen in der sogenannten Solidaritätsbewegung wird überbewertet, was es an oppositioneller Bewegung, an Selbstorganisation, an selbstorganisatorischen oder emanzipatorischen Projekten, z.B. ‚Otro mundo es posible‘, ‚Movimientos comunales‘, gesehen wird. Hier wird ein neues Objekt der revolutionären Solidarität gesucht, es wird versucht ein solches zu konstruieren. Das ist ähnlich der Situation in den 80er Jahren, wo von hier aus der Wunsch eines revolutionären Projektes mit eigenen Interessen und Anforderungen von hier aus ohne Rücksicht auf die Realität konstruiert worden ist, der dann bitter enttäuscht worden ist. Z.B. kann man auf dem Standpunkt stehen, dass die FSLN heute noch genau das macht, was sie in den 80er Jahren auch gemacht hat, und es in Wirklichkeit in dieser Partei keinen Bruch gegeben hat.

Jetzt wird wieder nach etwas Neuem gesucht, mit dem man sich identifizieren kann. Es gibt da einzelne Projektpartner, was viel damit zu tun haben, dass aus Europa Geld gekommen ist. Aber gibt es soziale Bewegungen in Nicaragua wirklich, auf die wir uns hier beziehen könnten?

Ob es solche soziale Bewegungen gibt ist eine Frage der Definition:

‚Soziale Bewegungen‘ verstanden als Gruppen mit Selbstorganisation zu bestimmten Themen von unten, die sich dann auf nationaler Ebene zusammen schließen und politisch aktiv sind: das ist in Nicaragua nicht zu erkennen.

Hingegen gibt es zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, z.B. Frauenorganisationen, die zum Teil in Zusammenschlüssen (oder auch Zersplitterungen) zu bestimmten Themen arbeiten und diese gesellschaftlich voranbringen. Diese Organisationen können durchaus ein positiver Bezugspunkt sein.

Die Suche nach einem neuen Akteur, auf den wir unsere Zielinteressen projizieren können, ist vom Ansatz her fragwürdig. Es würde sich aktuell in Nicaragua aber auch keiner finden lassen.

Die Kritik an Projektionen ist nicht neu und darüber hat sich hier in den letzten 20 Jahren ein kritisches Bewußtsein gebildet. Darum ist der springende Punkt ein anderer: Solidarität beruht auf einer gemeinsamen Grundüberzeugung: der Notwendigkeit, für eine andere Welt zu kämpfen. Das findet sich dann z.B. auch in den Idealen Sandinos wieder, was aber nicht bedeutet, daß diese Ideale Sandinos die gemeinsame Grundüberzeugung darstellen.

Natürlich suchen wir, die hier mit einer bestimmten Grundüberzeugung zu Nicaragua arbeiten, auch in Nicaragua nach Personen, die denselben politischen Ansatz teilen. Da finden wir heute nicht mehr so viele wie früher in der FSLN, aber auch dort. Die Zahl spielt aber nicht die entscheidende Rolle, so gibt es auch viele kleinere Projekte von Nichtregierungsorganisationen (z.B. auch das NGO-artig strukturierte ‚Movimiento comunal‘ in Matagalpa), die denselben politischen Ansatz teilen, ebenso gibt es solche Bezüge auch z.B. zu der – zahlenmäßig schwachen – Partei MRS (‚Movimiento Renovador Sandinista‘).

Ein Teil der Solidarität sind dabei sicher die Mittelflüsse, die helfen, daß so ein Projekt mehr bewirken kann und besser läuft. Ein anderer ist, dass wir etwas von den Menschen dort lernen und dass sie uns auch bei unseren Sachen hier weiterhelfen können.

Entscheidend ist, daß es Gruppen für Anküpfungen gibt, die die eigenen Ideale teilen und ihren Idealen treu sind, unabhängig von ihrer Größe und Bedeutung. Die Größe ist erst dann wichtig, wenn man anfängt Projektionen aufzubauen und dort das erreichen will, was man hier für richtig hält.

Wenn wir von hier dort einen Partner zur Zusammenarbeit für eine Veränderung sucht, dann ist die Größe egal. Aber natürlich wäre es schöner, wenn sie Partner viel größer wären.

Ein persönlicher Beitrag aus dem Publikum

„In Nicaragua gibt es nicht mehr und auch keine stärkeren sozialen Bewegungen als hier. Wenn ich jetzt meine persönlichen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Menschen aus Masatepe in den letzten 20 Jahren Revue passieren lasse: – Wir hatten z.B. ein relativ starkes Zentrum, der Sergio Ramirez kommt aus Masatepe. Die MRS hatte mal bei der Kommunalwahl fast 15% gekriegt, das war, glaube ich, das allerhöchste Ergebnis, das sie irgendwo im Land hatten. Trotzdem waren auch die kritischen Intellektuellen MRS-Leute in Masatepe immer eine Minderheit. Die FSLN war auch damals majoritär, die hat noch gewonnen mit den Liberalen auf der anderen Seite. In der Bevölkerung, bei den einfachen Leuten, hatte die FSLN ganz klar ihre Mehrheit.

Und die konkreten Personen, die sich ganz lange sehr kritisch mit dem, was die Ortegisten machen, auseinander gesetzt haben, sind in den letzten Jahren aus den ganz normalen Überlebensnotwendigkeiten, glaube ich, auch wieder zurückgerudert. Eine wirklich gute Frau, die mir vor 10, 15 Jahren unheimlich gut gefallen hat in ihrer Arbeit für die Frauenbewegung usw. und die hinausgemobbt wurde von den sandinistischen Frauen, die ist heute 150%ige Sandinistin, um wieder aufgenommen zu werden in den ganzen Kreis. Und was weiß ich – der Vorsitzende des dortigen Partnerschaftsvereins, der auch ganz lange sehr kritisch war, hat dann halt letztes Jahr doch einen Regierungsjob angenommen, um überleben zu können, und so weiter.

So läuft das Leben, es ist überhaupt nicht widerspruchsfrei und es ist schwierig, aber es geht in Nicaragua für die meisten Menschen viel eher noch ums nackte Überleben als hier. Da kann man nicht immer überall die reine Lehre durchhalten, sondern da muss man sich im Alltag durchkämpfen, das ist manchmal sehr pragmatisch, wie die Menschen kämpfen.

Also ich sehe niemanden, mit dem ich mich zur Zeit voll identifizieren könnte, aber ich sehe natürlich auch bei der FSLN Personen, die eine hohe Funktion in der Partei haben, die im Gespräch durchaus auch Kritik an Ortega üben, wenn auch sehr, sehr leise. Ich weiß, es gibt noch mehr, die kritisch sind, aber das sind wenige und die machen zur Zeit auch den Mund nicht auf, jedenfalls nicht laut und nicht nach außen. Es gibt immerhin auch Ansatzpunkte innerhalb der FSLN. Aber was daraus wird...

Ich sehe das natürlich aus meiner Sicht von hier aus - Demokratie ist nach wie vor einfach etwas Unverzichtbares und es ist schwieriger geworden, und wird immer noch schwieriger werden.“

Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit

Eine Anmerkung zum Vortrag von El Rojito, dass die Tragkraft der Beziehungen im Moment auf der eher konkreten Partnerbeziehung und der mitmenschlichen Beziehung aufbaut: auch im Nicaragua Verein Hamburg ist viel an Engagement wegen des politischen und gesellschaftlichen Einbruchs zurückgegangen, spätestens mit der Kommunalwahl, aber man hätte es den eigenen, konkreten Partnern überhaupt nicht antun können, deswegen mit der sandinistischen Stadt León alles abzubrechen.

Zum Vorwurf der Projektion: es ist ja nicht so oder sollte nicht so sein, dass die Forderungen oder die Auseinandersetzungen, die dort anstehen, von hier dorthin getragen werden. Im Gegenteil artikulieren die NGOs ihre Forderungen selbst und setzen sich mit Themen wie dem ‚aborto terapéutico‘ auseinander und das unterstützen wir. Darauf sehen wir auch und müssen darauf sehen, dass wir nicht von hier Themen rein implantieren, sondern dass wir deren Wünsche mit stützen.

Was das Herausbilden einer wirklichen Bewegung stört, ist ein Phänomen, daß es nicht erst seit den FSLN-Skandalen wie den gefälschten Kommunalwahlen 2008 gibt: ganz viele, und darunter noch nicht mal alle parteipolitisch gleichgerichteten Organisationen verfolgen zwar die gleichen Ziele, arbeiten aber nicht wie eine Bewegung. Sie sind eigentlich gar keine NGOs, sondern verkappte Beratungsunternehmen, Managementfirmen oder so etwas. Aber nur als NGOs bekommen sie Mittel z.B aus Europa. Diese Organisationen konkurrieren sehr stark untereinander und das stört auch das Zusammenwachsen zu einer Bewegung.

Insgesamt hat die Situation in Nicaragua, so wie sie sich jetzt darstellt, natürlich nicht mehr die Strahlkraft nach Hamburg oder nach Deutschland, als Vorbild und beispielhaftes gesell-

schaftliches Szenario, womit man hier Leute hinter dem Ofen hervorlocken kann. Es ist jetzt schwieriger geworden, sich dafür zu begeistern.

Inwiefern gibt es einen Bruch zwischen ‚alt‘ und ‚neu‘ in Nicaragua?

Es gibt in Nicaragua keine neuen sozialen Bewegungen, außer vielleicht bei den Frauen, weil die systematische Repression so stark ist, dass sich wirklich eine neue Bewegung, teilweise mit alten Frauen, aber auch mit vielen neuen Frauen gebildet hat. In anderen, ganz ‚klassischen‘ Bereichen wie Bildung oder der Situation auf dem Lande, ist es noch dieselbe Generation wie vor 30 Jahren. Die waren damals Anfang 20 und sind jetzt Anfang 50. Es ist auch kein Bruch für die Leute, im ländlichen Bereich oder im Bildungssektor zu arbeiten, sondern sie sehen sich ganz klar in einer Tradition von mehr Gerechtigkeit.

Hingegen sehen wir hier immer einen Bruch und wir denken, da müsste doch jetzt was anderes kommen, das ist aber nach meiner 25-jährigen Beobachtung nicht so. Es gibt natürlich einzelne Ausnahmen, aber vom Grund her ist das eher ein Wunsch, der hier besteht, nach Neuem, neuen Gruppen, neuen Leuten, neuen Bewegungen. Für mich geht es vielmehr darum zu sehen, dass es letztendlich die Auseinandersetzung mit Bestehendem ist, mit Leuten und ihrer Geschichte.

Es gibt ja auch einige hier, bei denen ‚Partnerwechsel‘ stattgefunden haben in den letzten Jahren. Da hat man sich entschieden: der ist mir jetzt zu parteinah geworden. Aber der Großteil der Organisationen dort, die sehen zwar schon genau hin, was auf der Regierungsebene passiert, aber sie sind an der Basis genau da, wo sie auch vor 30 Jahren sein wollten. Sie sind immernoch daran interessiert, dass sie mehr Zugang haben, mehr Teilhabe, arbeiten also an dem sogenannten emanzipatorischen Prozess mit. Dass der durch irgendwelche Maßnahmen gesteuert ist, das war ja vor 30 Jahren auch so. Es wäre unsinnig zu sagen, vor 30 Jahren sei das alles aus einer lockeren, „wir sind jetzt irgendwie zusammen und politisch und verstehen uns“ –Bewegung entstanden. Nein, es war in Nicaragua immer alles sehr zentralistisch und von der FSLN gesteuert.

Das gilt zum Beispiel für Genossenschaften, die in den 80er Jahren gebildet worden sind, die es auch heute noch gibt, oder für den Bildungsbereich, da gab es in Estelí, in einer gewissermaßen privilegierten Situation, einen Zusammenschluss von über 30 Organisationen, die zu Bildung gearbeitet haben, und das auch schon in den 90er Jahren.

Dabei macht es einen Unterschied, welche Organisationen man betrachtet: viele, von den Organisationen mit denen die Leute hier jetzt zusammenarbeiten sind nach 1990 gegründet worden. Z.B. sind die Partnerorganisationen des Informationsbüros Nicaragua Wuppertal alle nach 1990 gegründet worden, nämlich von Leuten, die im Prinzip aus der sandinistischen Bewegung kommen.

Es gibt auch z.B. Lehrer, die 1990 entlassen wurden und die eine eigene Schule gegründet haben, die eine sandinistische Ausrichtung hatten. Es gibt ganz viele Menschen, die vor 30 oder 25 Jahren in ihrem Umfeld emanzipatorisch gearbeitet haben und die das heute auch noch tun, weil sie sich nie so eng an die Partei FSLN gebunden haben. Sie sind natürlich alle ‚militantes‘ vom Parteibuch her, aber sie haben sich ideologisch, hierarchisch oder über den Genuß von Privilegien nicht so eng an die Partei angelehnt, wie es viele der Organisationen in den 80er Jahren getan haben, die wir damals alle unterstützt haben.

Städtepartnerschaften mit Nicaragua

Städtepartnerschaften wie z.B. die von Kreuzberg und San Rafael del Sur sind in verhältnismäßig günstiger Position: sie haben einen sehr klaren, ursprünglichen Arbeitsauftrag, diese Städtepartnerschaft auszufüllen und sich also in entwicklungspolitischer, gesellschaftspolitischer Hinsicht auf diesen bestimmten Ort zu konzentrieren. Das tut die Städtepartnerschaft Kreuzberg / San Rafael del Sur schon seit mehr als 25 Jahren, und sie musste auch die Partner nicht wechseln. Auch dort hat in den ersten Jahren eine sehr enge Kooperation mit der dortigen Alcaldía stattgefunden, dieser Prozess wurde aber schon durch die 16 neoliberalen Jahre unterbrochen. Bereits Anfang der 90er Jahre wurde eine enge Kooperation mit

zivilgesellschaftlichen Gruppen in San Rafael del Sur aufgenommen. Der Rahmen dieser Städtepartnerschaft ist zwar relativ begrenzt, aber man kann eben auch in diesem Rahmen wirksam werden in Bezug auf die gemeinsame Diskussion und auch die finanzielle oder sonstige Unterstützung.

Eine Frage ist, ob es da für den einen Anspruch Raum gibt, daß man z.B. die Menschenrechte auch auf nationaler Ebene diskutieren möchte. Wenn man mit dem Menschenrechtsbüro kooperiert, z.B. mit der Vereinigung der Kleinbauern dort usw. über die Belange in diesem kommunalen Bereich, dann ist das eigentlich ein eingeschränkter Auftrag, mit dem die hiesige VertreterIn der Städtepartnerschaft grundsätzlich erst mal zufrieden ist. Darüber hinaus ergeben sich natürlich, wenn man die Menschenrechte anspricht auf dieser kommunalen Ebene, wirklich auch nationale Aspekte, die man dann immer wieder aufgreifen kann, aber man ist von vornherein so ausgerichtet, von sich zu behaupten, man spreche mit der Zivilbewegung in ganz Nicaragua. Es gibt diesen konkreten abgegrenzten Partner, und manchmal kann man das auch als sehr bequem empfinden.

Die Rolle der Evangelikalen

Welche Rolle spielt die Bewegung der Evangelikalen? Vor ein paar Jahren hat sich zum Beispiel im Gespräch eine sehr kämpferische Frau aus einer Kooperative in Nicaragua so geäußert: als die Gas- und Strompreise enorm in die Höhe gingen, sind wir deshalb früher auf die Straße gegangen, aber heute gehen sie alle in die Kirche und singen Halleluja und kämpfen nicht mehr. Ist das ein allgemeines Phänomen oder eine Einschätzung einer einzelnen, enttäuschten Kooperativen-Frau?

Nach Statistik sind es ca 20 % der Bevölkerung, die in den evangelikalen Kirchen organisiert sind, und ihre Zahl nimmt stark zu. Es kommt aber auch darauf an, wie der Glaube praktiziert wird: die noch etwa 75% Katholiken sind sicher nicht alle so aktiv wie die Evangelikalen, das läßt sich vor allem auf dem Land beobachten. Es ist jeden Tag Gottesdienst, es ist laut, es schallt übers ganze Viertel, es dauert vier Stunden pro Tag und es wird sehr viel Energie und Geld von den Leuten da reingesteckt. Und das dient nach Beschreibungen aus Nicaragua auch als ideologische Zuflucht, nachdem Sandino und die FSLN diese nicht mehr bieten können.

Wenden sich die Menschen aber nicht eher von der katholischen Kirche enttäuscht der evangelikalen Kirche zu, als enttäuscht von der Partei?

Der andere Zusammenhang steht wohl im Vordergrund: Für Gerechtigkeit, für Erziehung, für Bildung, für ein Überleben, braucht niemand einer Sekte anzuhängen, die das Heil erst im Jenseits gibt. Die Evangelikalen haben sich aber gerade aus den ländlichen Regionen Nicaraguas bis in die Städte ausgebreitet, weil sie sagen: „Ihr kriegt im Diesseits keine Erfüllung, deshalb glaubt ans Jenseits. Da tun wir was für euch!“

Aus der Perspektivlosigkeit, oder aus der mangelhaften Organisationsfähigkeit im Diesseits folgt die Heilserwartung, dass es dafür im Jenseits ein Paradies gibt. Die Evangelikalen haben auch aus der Orientierungslosigkeit heraus so großen Zulauf.

Dazu steht im Widerspruch, dass die Evangelikalen sich nicht darauf beschränken, das Heil im Jenseits zu versprechen. Das tun sie zwar auch, aber das hat die katholische Kirche auch immer schon getan (Nach Meinung mancher geht es ihr allerdings auch um das gute Leben im Diesseits). Es war schon Anfang der 90er Jahre in Nicaragua zu erleben: Stadteilorganisationen, die vorher vielleicht von dem ‚movimiento comunal‘ oder von dem Komitee der sandinistischen Selbstverteidigung organisiert worden sind, werden plötzlich von einer gewissen Basis in den evangelikalen Gruppen durchgeführt.

Diese Leute haben sich umeinander gekümmert, um den Zustand im barrio. Das muß nun nicht unbedingt beispielhaft sein, dass die Evangelikalen alle politisch das barrio aufräumen, aber es ist z.B. gerade in ländlichen Gemeinden so. Viele der Partner in Nicaragua sagen: die Evangelikalen sind gar nicht so schlecht, die trinken nicht so viel. Die Verbesserung des

Lebens hat sich einfach dadurch erfüllt, dass die Männer aufhören, Alkohol zu trinken, ganz konkret im Diesseits und nicht im Jenseits.

Es wird hier also ausdrücklich nicht im Jenseits das Heil versprochen, weil man das Diesseits nicht mehr verändern kann, sondern das Diesseits wird verändert in der Organisation. Das ist ein ganz wesentlicher Teil der Ausstrahlung dieser Gruppen.

Es gibt eine Ambivalenz: die Evangelikalen sind von der politischen Ausrichtung kaum akzeptabel, aber sie kommen zu den angesetzten Treffen, sie sind nüchtern und man kann sich einigermaßen darauf verlassen, was sie tun. Das sollte bei der Bewertung der evangelikalischen Bewegungen nicht unterschlagen werden.

Nach der langen Zeit der Opposition nach 1990, es war einfach eine lange Zeit der Ohnmacht, fiel es den Leuten sehr schwer, sich zu organisieren, um gegen die ehemalige und jetzt wieder neue FSLN-Regierung wirklich was zu tun. Gegen diese Regierung demonstriert man eigentlich nicht, wenn man auf dem Land lebt.

Im Übrigen sind auch die charismatischen Katholiken auf dem Vormarsch, was meist völlig unterschlagen wird: es gibt da ganz furchtbare katholische Gemeindezentren.

Im Widerspruch zum vorher Gesagten sind es trotzdem die gleichen Leute aus diesen religiösen Gruppen, die auch noch aus Protest auf die Straße gehen.

Das Bild ist tatsächlich differenzierter, als das klassische Bild von Evangelikalen, das man normalerweise im Kopf hat. Es gibt, auch was die Apolitisierung angeht, ‚Schlimmere‘ und ‚weniger Schlimme‘. Die allgemeine Tendenz ist schon, dass die Leute, die da eintreten, seltener protestierend auf der Straße zu finden sein werden als vielleicht vorher, aber auch die Tatsache, dass Ortega versucht, sich mit den Anführern dieser Gruppen gut zu stellen, zeigt ja auch, dass da ein politisches Potential existiert, das nicht zu unterschätzen ist, wenn auch ein in erster Linie politisch konservatives Potential.

Der positive Aspekt des Verzichts auf Alkoholgenuss ist nicht zu unterschätzen: Alkohol ist ein ganz großes Problem, nicht nur für die Menschen, die davon abhängig sind, sondern auch für das ganze Umfeld, für die ökonomische Entwicklung nicht nur der Familie, sondern der ganzen Gemeinde. Und auch was Gewalt gegen Frauen angeht: es soll auch schon vorgekommen sein, dass durch den Übertritt dann zu einer evangelikalischen Gemeinde oder Sekte auch das Problem der Gewalt gegen die Ehefrauen zurück gegangen ist: natürlich nicht grundlegend, aber tendenziell weniger als in anderen Familien. Dies nur zur ausgewogenen Wahrnehmung der Vor- und Nachteile, man muß diese Entwicklungen zu evangelikalischen Bewegungen darum noch lange nicht begrüßen.

Ein weiterer Grund für die Strahlkraft solcher Gruppen ist, daß sie als etwas Neues, etwas Reines im Gegensatz zu dem Korrupten, was es vorher gab, wahrgenommen werden. Solche Gruppen sind weniger als Kirche zu betrachten, sondern eher als Wirtschaftsunternehmen, die natürlich ein Interesse daran haben, dass ihre Ressourcen - und das sind die Menschen - brauchbar sind. Das beinhaltet dann, zum Beispiel, keinen Alkohol zu trinken. Dass das dann auch einen Vorteil für die Menschen bringt, ist ein positiver Nebeneffekt. Vielleicht war es auch damals –zu Zeiten der Revolution- ein bisschen ähnlich: wir bauen den ‚neuen Menschen‘, das war auch damals das Motiv...

Es hat in Nicaragua nie eine wirkliche Trennung zwischen Staat und Religion gegeben, damals nicht und heute schon gar nicht. Die Ortega-Regierung bedient sich in ihrer Propaganda ganz klar einer religiösen Rhetorik, die neue Kathedrale ist innen in den Parteifarben bemalt, es gibt eindeutig eine Kooperation mit dem Kardinal Obando.

Zu Revolutionszeiten hatte wiederum die Befreiungstheologie einen ganz starken Einfluss. Auch die Revolutionsrhetorik selbst hat schon religiöse Züge: ‚patria libre o morir‘ (‚Freies Vaterland oder Tod‘) das ist ja auch religionsähnlich. Insofern liegt es vielleicht nicht so fern, dass man sich von der Partei FSLN abwendet, um sich einer evangelikalischen Bewegung zuzuwenden.

Eine weitere Bemerkung zum Alkoholismus: das ist bekanntermaßen eine Suchterkrankung, und diese Suchterkrankten werden vorgeblich durch Religion geheilt. Aber es ist natürlich so, dass viele Männer, die in der evangelikalen Sekte sind, trotzdem ihren ‚Quartalsausbruch‘ bekommen. Es gibt ausreichend Fälle von Männern, die kommen aus diesen Versammlungen, trinken aber trotzdem noch, weil sie schlicht alkoholkrank sind. Alkohol ist natürlich ein Medium, das oft negativen Emotionen zum Ausbruch verhilft und dazu führt, dass Frauen und Kinder verprügelt und vergewaltigt werden. Durch die evangelikalen Bewegungen wird der Alkoholismus vielleicht eingeschränkt, aber nicht ausgerottet und der ist auch nicht die zugrundeliegende Ursache für die Gewalt gegen Frauen und Kinder.

Agrarkooperativen und Genossenschaften: unser Idealbild der Selbstorganisation

In der ILA-Debatte war auch noch eine Position, die heute hier vertreten ist: Eigentlich ist das, was in den 80er Jahren in Nicaragua vor sich ging gar nicht so viel anders als das, was heute in Nicaragua vor sich geht, und es ist die Solibewegung, die auf manchem Auge blind war und die sich aus den eigenen Projektionen heraus mit bestimmten Entwicklungen identifiziert hat. Vereinfacht etwa so: da wird der neue Mensch geschaffen, da gibt es die FSLN, die das auch organisiert und die richtigen Werte hat, und es kommt jetzt nur noch darauf an, dass diese Werte eben auch gut umgesetzt werden. Bei nochmaliger Beschäftigung mit dem Thema Arbeitsbrigaden und Agrarreform stößt man darauf, dass wir da manche Dinge heute noch einmal anders aufarbeiten und bewerten müssten.

Die Agrarkooperativen haben wir ja als unser Ideal angesehen: da wird kollektiv Eigentum organisiert, es wird gemeinsam entschieden, es wird gemeinsam auf Augenhöhe diskutiert, auch über Konflikte, es wird das Produkt des Mehrwerts verteilt. Das war unser Idealbild von Selbstorganisation und kollektiver Entscheidung.

Einmal anders betrachtet war das war natürlich auch ein Stück vom sandinistischen Staat aus gedacht, um die Macht in ländlichen Regionen abzusichern. Das Agrarkooperativenmodell war auch Selbstverteidigung gegenüber den Contras. Damit soll diese Vorgehensweise nicht bewertet werden, aber wir, die Solidaritätsgruppen hier, sind doch zum Teil großen Projektionen aufgesessen.

Wenn wir heute eine Debatte über Sandinismus, Zivilgesellschaft oder Staat führen und uns fragen, mit wem wir solidarisch sein wollen oder sollen, dann müssen wir auch uns selber in den Blick nehmen, um herauszufinden, was wir denn überhaupt für Modelle und für Projektionen haben und sollten diese Debatte einmal in unseren eigenen Gruppen zu führen.

Jugendbewegungen in Nicaragua

Gibt es selbständige Jugendbewegungen in Nicaragua, existiert überhaupt eine eigene Jugendbewegung? Ein wichtiger Punkt, weil die Jugendlichen gerade nicht die Leute von früher sind und eigenständig neue Ideen entwickeln könnten. Es gibt eine Sandinistische Jugendbewegung, aber die wird von oben gesteuert. Gibt es aber vielleicht auch andere Modelle oder Alternativen, andere Bewegungen, Organisationen?

Einige Bewegungen von Jugendlichen, die entgegen die FSLN gerichtet sind oder außerhalb der FSLN organisiert sind, haben keine eigene klare Position und auch nicht genügend Potential, als dass daraus etwas Größeres entstehen könnte.

In Estelí gibt es auf der kommunalen Ebene ein Kinder- und Jugendradio aus den 80er Jahren. Bei drei Dialogwochen in Bielefeld mit VertreterInnen aus verschiedenen Ländern, kommen auch zwei aus Nicaragua, z.B. der Koordinator von Radio Comiches.

Das andere Projekt findet im Bildungsbereich statt. Es gibt da gerade die Entwicklung der Kinderrechte auf kommunaler Ebene, also ein Verhaltenskodex der Kommunen gegenüber Kindern. Es hat Workshops mit Jugendlichen gegeben und die haben nicht am langen Arm der Partei gehangen.

In Hamburg gibt es intensive Kontakte zu einer Jugendorganisation in León, der ASIJUL, die als Hauptziel den Austausch mit Hamburg und anderen Städten haben. Die sind ursprünglich aus der FSLN bzw. der sandinistischen Jugend herausgewachsen, sind dann aber pluralis-

tisch geworden. In den letzten zwei - drei Jahren allerdings sind sie sehr ‚zurückerobert‘ worden von der Sandinistischen Jugend. Man sieht schon, dass Jugendliche, die gerade mit dem Studium fertig geworden sind und Arbeit suchen, sich dann opportunistisch verhalten. Auf der anderen Seite war ein Vertreter des ‚Movimiento Puente‘ nach Hamburg eingeladen, eine Gruppe Jugendlicher, die von Managua ausgehend sich landesweit organisieren. Beeindruckend an seinen Äußerungen war, dass das Hauptziel der Gruppe ist, nicht parteipolitisch agieren zu wollen, sondern die Demokratisierung im Überbau im Auge zu behalten. Immer wenn Vilma Núñez, die auf Einladung ebenfalls in Hamburg war, sagte: „ich kämpfe hier und ich halte die Fahne hoch!“ Hat er gesagt: „ich bleibe lieber im Schatten, weil ich keine Persönlichkeit bin, die so unangreifbar ist wie Vilma Núñez.“ Die Gruppe hat ganz klare Vorstellungen und Ziele, aber aufgrund ihrer Schwäche und Kleinheit der Organisation, der geringen Macht und der geringen Bekanntheit wegen agieren sie sehr vorsichtig, mit einer Haltung wie: lieber vorsichtig vorangehen und bestehen bleiben, als jetzt viel Aufsehen erregen und morgen nicht mehr existieren.

Die mit Abstand größte Jugendorganisation ist immer noch die ‚Juventud Sandinista‘, es gibt sie auch noch in jedem größeren Dorf. Diese Leute sind Idealisten und machen das nicht nur aus Opportunismus, der eine untergeordnete Rolle spielt. Sie erscheinen authentisch und man glaubt ihnen, dass sie auch wirklich davon überzeugt sind, dass die FSLN eine gute Sache ist.

Eine Radiofrau sagte einmal, dass der größte Erfolg aus den 16 Jahren Neoliberalismus die kulturelle Etablierung des Konsumismus und der Individualisierung gewesen ist.

Das macht sich bemerkbar. Sehr viel an Jugendorganisation läuft über Kultur. Es gibt eine Tendenz, sich von Parteien und Politik erst einmal ganz fern zu halten und den Austausch über Kultur zu suchen.

Das ‚Movimiento Puente‘ ist eine von zwei Gruppen, die der MRS nahe stehen, sich aber nicht parteipolitisch verorten wollen. Die Gruppen sind durch Aktionen aufgefallen, bei denen sie von den FSLN-Schlägern verprügelt wurden. Zum Beispiel eine Aktion wegen der Wahlkampfplakate Ortegas, die jetzt permanent überall aufgehängt werden: das sei eine Verschwendung von Steuermitteln. Deswegen wurden sie dann auch gleich angegriffen. Aktuell fordern sie, den CSE, also den Wahlrat, neu zu besetzen.

Es gibt die Forderung von Studentengruppen nach einem kostenlosen Umweltticket, um an die Uni zu kommen. In diesem Zusammenhang gab es auch Demonstrationen.

Ökologie ist auch ein Thema, zu dem sich Jugendliche organisieren, und zwar nicht einer Partei oder einem politischen Konzept folgend, sondern ganz pragmatisch: ihnen ist zum Beispiel wichtig, dass ein bestimmter Fluss sauber wird.

Aktuell findet eine Repolitisierung der Jugendlichen statt

Man sollte nicht vergessen, dass Nicaragua lange Jahre eine liberale Regierung hatte, und das hat die Dynamik der Bewegungen verändert. Damals hatten die Bewegungen eine ideologische und politische Richtung. Diese liberale Regierung, die katholische Kirche, auch die Evangelikalen haben die Dynamik verändert. Die Jugendbewegungen, aber auch die Frauenbewegung: das war damals AMNLAE, und danach wurde das ‚Movimiento Autonomo de Mujeres‘ gegründet, weil AMNLAE politisch von der Partei vereinnahmt worden ist.

Heute sind die Jugendbewegungen, nicht mehr ideologisch und politisch motiviert, sondern die Jugendlichen suchen ganz konkret eine Chance, um beruflich einen Einstieg zu finden. Die aktuelle Politik von Daniel Ortega bewirkt aber meines Erachtens eine Repolitisierung der Jugendlichen, die plötzlich für die Demokratie kämpfen.

Arbeitsgruppen

Nach der Mittagspause stand die Arbeit der Solidaritätsgruppen hier und ihre Möglichkeiten und Perspektiven im Mittelpunkt.

Für die Arbeitsgruppen wurden folgende Themen in einer offenen Liste angeboten:

1. Welche sind heute Kriterien linker/emanzipatorischer Politik?
2. Perspektiven und Adressaten der Solidaritätsarbeit
3. Was kann man heute noch sinnvoll am Beispiel Nicaraguas erklären?
4. Was bringt den Menschen bzw. Gruppen in Nicaragua unsere Solidarität?
5. Wo verläuft die Grenze zwischen politischem Projekt und Entwicklungshilfe?
6. Kampagne gegen das Assoziierungsabkommen als Solidaritätsarbeit?
7. Schlussfolgerungen unserer Nicaragua-Erfahrungen für unser eigenes politisches Handeln in der BRD

Dazu bildeten sich aus den TeilnehmerInnen drei Arbeitsgruppen:

Erste Arbeitsgruppe mit Hauptthema (7) und Mitbehandlung von (2) und (3): Schlussfolgerungen und Perspektiven der Solidaritätsarbeit

Zweite Arbeitsgruppe Thema 6: Assoziierungsabkommen

Dritte Arbeitsgruppe Thema 5: Solidarität und Entwicklungshilfe

Für die Bearbeitung der Themen standen ca. 2 Stunden zur Verfügung, nach der anschließenden Kaffeepause wurden die Ergebnisse beim Abschlußplenum zusammengetragen.

Es folgt die Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe ‚Kampagne gegen das Assoziierungsabkommen als Solidaritätsarbeit?‘

Die Eingangsfrage war: was interessiert uns als Nicaragua Gruppen an dem EU-Assoziierungsabkommen?

Uns interessiert, dass ganz konkret von Europa aus Politik gemacht wird, die sich auf die Lebensbedingungen der Menschen dort auswirken kann und, dass das in diesem Zusammenhang sehr viel mit unserer Arbeit zu tun hat. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass man mit dem Thema einen Bezug zu den Leuten hier herstellen kann, gleichzeitig aber ein sehr abstraktes und komplexes und Thema ist, was dann die Öffentlichkeitsarbeit auch wieder schwierig macht. Es gibt einen großen Wunsch nach mehr Informationen. Kurz zur aktuellen Situation: Es ist seit dem Putsch in Honduras nicht mehr viel passiert, trotz der weiterhin katastrophalen Lage gab es wieder Verhandlungen und die EU hat ein Interesse, das jetzt noch durch zu ziehen bis zum Iberoamerikanischen Gipfel, der im Mai sein wird.

Dann haben wir überlegt, was man konkret tun kann. Dazu wurde berichtet, was vom Ökumenischen Büro aus schon passiert ist an Initiativen, internationalem Widerstand etc.: Während des Iberoamerikanischen Gipfels in Madrid wird es auch einen Gegengipfel geben, der auch ohnedies stattgefunden hätte. Aber nun wird der Schwerpunkt auf den Verhandlungen über das Abkommen liegen. Dann muss das Ganze von allen betroffenen Ländern und der EU später noch ratifiziert werden, so dass es durchaus noch interessant sein kann, nicht nur jetzt in den nächsten zwei Monaten, sondern auch in nächster Zeit EU-Abgeordnete zu kontaktieren etc. und das Thema überhaupt noch mal in größerem Umfang zu bearbeiten.

Dann war noch die Frage: welchen Widerstand gibt es eigentlich in den betroffenen Ländern? Es gibt relativ wenig Widerstand, eben auch wieder deshalb, weil es ein komplexes Thema ist, die Gruppen, die sich damit auseinandersetzen, das sind zum einen Kleinbauernverbände, zum anderen aber auch Leute aus akademischen Bereichen. Auch die Eli-

ten in Nicaragua haben unter Umständen durchaus ein Interesse am Abkommen, weil sich eben was verdienen lässt und sie natürlich eine Chance sehen, eventuell den Markt nach Europa auszuweiten, der doch bislang eher die USA ist.

Dann ist noch die Frage, welches Interesse hat eigentlich Europa? Und welche Probleme gibt es eigentlich wirklich später für die Länder? Da war so ein Stichwort: Generikaproduktion. Uns wurde klar, dass uns Informationen fehlen, was die wichtigsten Probleme sind, die in den zentralamerikanischen Ländern auftauchen können, wenn das Abkommen zustande kommt, damit wir damit arbeiten, argumentieren können. Das Öku-Büro hat hier schon sehr viel Informationsarbeit schon gemacht und Wissen aufgebaut, und jetzt geht es darum, dieses Wissen zu verbreiten, dass man anfangen kann, damit politisch zu arbeiten, und z.B. gegenüber Abgeordneten zu argumentieren.

Konkret wird es im Mai eine Rundreise geben von zwei Menschen, eine Frau aus Honduras und jemand aus Costa Rica, ebenfalls im Zusammenhang mit dem Iberoamerikanischen Gipfel. Diese Rundreise soll außer zu Veranstaltungen auch benutzt werden, um Presse und Abgeordnete etc. zu informieren und an sie heran zu treten. Wir haben überlegt: können wir solche Veranstaltungen in Hamburg oder in Frankfurt oder anderswo machen?

Arbeitsgruppe ‚Solidaritätsarbeit: Wo verläuft die Grenze zwischen politischem Projekt und Entwicklungshilfe?‘

Die Arbeitsgruppe ist eigentlich an der Begrifflichkeit ‚politisches Projekt – Entwicklungshilfe‘ gescheitert, wir haben letztlich das Ziel unserer Arbeitsgruppe nicht herausgekriegt. Stattdessen haben wir versucht, diese Begriffe weiter einzukreisen.

Zunächst haben wir uns über unsere eigene Arbeit Gedanken gemacht: wie weit ist sie politisch oder wie weit definieren wir sie nur als politisch?

Dabei stießen wir auf die Schwierigkeit, dass wir mit den Begriffen nichts anfangen konnten, weil wir weder wussten, ob dieses politische Projekt eins ist, das wir hier für uns definieren, oder ob wir ein politisches Projekt suchen sollen.

Wir haben aber auch gesehen, dass Entwicklungshilfe selbst immer auch politisch ist, wie auch immer man sie betreibt, sei es auch nur ökonomisch. Wir haben diese Begrifflichkeit nicht als Gegensatz gesehen, sondern beide Begriffe als ziemlich komplex verstanden und darum zu keinem richtig schlüssigen Ergebnis gekommen.

Am Konstruktivsten für unsere Arbeit war noch diese Definition: Entwicklungshilfe ist Einmischung. Dagegen kann ein politisches Projekt, wenn wir denn eins haben, eigentlich nur auf unser Land und unsere Arbeit hier bezogen sein.

Die Gegenposition dazu war, dass Entwicklungshilfe so politisch ist, dass sie in alle Richtungen gehen kann, dass sie auf jeden Fall kein Gegensatz zu politischen Projekten ist – was auch immer ‚politische Projekte‘ sein können.

In der Gruppe haben wir den Begriff ‚politisches Projekt‘ noch mit folgendem Kriterium weiter eingegrenzt: wie weit ist Entwicklungszusammenarbeit oder reine politische Arbeit geeignet, fortschrittliche und emanzipatorische Politik voran zu bringen?

Andererseits: was muss Entwicklungszusammenarbeit leisten können neben rein wirtschaftlicher oder karitativer Wirkung? Es gibt durchaus Dinge zu unterstützen, die nicht auf der rein wirtschaftlichen oder sozioökonomischen Schiene zu bewerkstelligen sind, sondern auf der rechtlich-gesellschaftlichen, wie ‚aborto terapéutico‘ oder Repression. Da stellte sich dann die Frage: wie weit muss man mit Kampagnen oder finanzieller Unterstützung auch Menschenrechtsorganisationen, Kampfgruppen oder sonst was unterstützen? Wir waren uns relativ einig, dass sowohl bei der reinen politischen Arbeit wie auch der Entwicklungszusammenarbeit immer Rücksicht genommen werden muss auf die Bedürfnisse im jeweiligen Land, also in diesem Fall in Nicaragua, oder in den jeweiligen Städtepartnerschaften.

Arbeitsgruppe zu den Themen ‚Perspektiven und Adressaten der Solidaritätsarbeit‘, ‚Was kann man heute noch sinnvoll am Beispiel Nicaragua

erklären?’ und ‚Schlussfolgerungen unserer Nicaragua-Erfahrungen für unser eigenes politisches Handeln in der BRD‘

Wir haben zusammengefasst, wer unsere Zielgruppen sind, die wir über unsere kontinuierliche Arbeit hinaus gerne noch ins Auge fassen würden: das sind politische Jugendorganisationen, z.B. die ‚Falken‘ oder die ‚Grüne Jugend‘. Dann die ‚Weltwärts‘-TeilnehmerInnen. Und natürlich Schulen und Bildungseinrichtungen. Das sind zwar Gruppen, die auch von einzelnen schon bedient werden, aber der Wunsch, sich weiter auszudehnen in dieser Arbeit war bei fast allen vorhanden. Und dann gibt es noch die Gruppe der Lateinamerika-Interessierten, die nicht direkt in der Nicaragua-Solidarität stecken. Weiter noch Organisationen, die Kongresse und Veranstaltungen machen wie ‚attac‘ oder BUKO, in die wir unsere Arbeit und Erfahrung ganz gut einbringen könnten, was bisher leider zu kurz kommt und nur vereinzelt gemacht wird.

Welche Inhalte und Themen könnten wir noch unterbringen beim Ausbau der politischen Arbeit hier? Da haben wir zwei Bereiche gesehen: zum einen den Bereich ‚Globalisierung‘, ‚Nord-Süd-Bezug‘ und damit alles, was damit zu tun hat, dass Nicaragua eins der Länder des globalen Südens ist und wir ein industrialisiertes reiches Land sind. Zum anderen den Bereich ‚Nicaragua-spezifische Themen‘.

Zum ersten Bereich haben wir verschiedene Stichpunkte genannt, die für uns interessant sein könnten, für die wir auch Beispiele finden in Nicaragua oder mit denen wir uns in Nicaragua schon beschäftigen:

- alles, was mit Ernährungssicherheit zu tun hat, darunter fällt dann auch z. B. die Landfrage, Agrarpolitik und so weiter.
- Klimawandel oder Klimagerechtigkeit, hat teilweise ebenfalls einen Bezug zu Ernährungssicherheit. Hier gibt es bei uns ein beträchtliches öffentliches Interesse, zu dem wir uns einbringen könnten mit Themen wie ‚Entwaldung‘, ‚Agro-Sprit‘ usw.
- Freihandel, umfaßt neben ‚Assoziierungsabkommen‘ auch Themen wie Maquilaproduktion, Welthandelsstrukturen, Migration, Bergbau, den man auch mit anderen Sachen in Zusammenhang noch bringen kann.
- Wasser
- Kinderarbeit.

Das nur als erste Gedankensammlung, ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit.

Auf den zweiten Bereich ‚Nicaragua-spezifische Themen‘ kamen wir aus der Idee heraus, aus der Geschichte der Nicaragua- Solidarität zu schöpfen. Wir hatten das ja schon in der Diskussion am Vormittag: ist Nicaragua nur ein beliebiges Land im globalen Süden oder ist Nicaragua auch was etwas Besonderes und sind auch unsere Beziehungen zu Nicaragua Besondere? In der Gruppe haben wir festgestellt, daß auch diese besonderen Beziehungen ein Fokus für unsere politische Arbeit hier sein können.

Da wurden genannt:

- Prozesse der Selbstorganisation, die viele von uns in der politischen Arbeit hier aufgreifen
- Selbstbewusstsein durch die Erfahrung der Revolution, der Organisation des Widerstandes gegen die Diktatur. Eine These war: Es hat sich in Nicaragua ein bestimmtes Bewusstsein entwickelt, das es so in anderen Ländern nicht gibt.
- ALBA, haben wir als Teil der Realität in Nicaragua hier aufgenommen und nicht unter ‚Nord-Süd-Bezug‘
- Frauenbewegung, die in Nicaragua unserer Ansicht nach eine besondere Rolle spielt und die über die geschlechterspezifische Fragestellung hinaus Herrschaftskritik deutlich formuliert.
- Caudillismo, auch kein ausschließlich nicaraguanisches Phänomen, aber eins, mit dem wir uns in der Nicaraguaarbeit häufig beschäftigen müssen.
- Bürgerbeteiligung und kommunale Mitbestimmung, unter anderem mit der Frage nach der Rolle der CPCs

Diese ‚Nicaragua-spezifische Themen‘ bieten die Möglichkeit, unsere Erfahrungen mit Nicaragua nutzbar zu machen.

Schließlich haben wir versucht, mögliche Aktivitäten zusammenzutragen:

- ‚Bündelung der Ressourcen‘, damit haben wir versucht auszudrücken, daß bestimmte Gruppen zu verschiedenen Themen schon Materialien gesammelt und erstellt haben und diese Arbeit von anderen nicht nochmal getan werden muß. Eine verbesserte Kommunikation und Austausch können hier dazu führen, Mehrarbeit zu verhindern und effektiver/effizienter zu werden, z. B. bei Materialien, Bildungseinheiten usw..

- ‚themenspezifische Kooperation‘: zu einem bestimmten Thema arbeitet nicht eine Gruppe für sich allein, stellt Anträge usw, sondern es gibt vielleicht auch Möglichkeiten, Kompetenzen aus unterschiedlichen Organisationen, personelle Kräfte oder auch Verteiler und andere Instrumente gemeinsam zu nutzen. Z.B. zu dem hier gesellschaftlich relevanten Thema ‚Klima‘. Das würde uns interessieren, dann müßte man sehen, was es da in Nicaragua gibt und inwiefern wir da unsere Länderkompetenz mit einer politischer Arbeit hier verbinden können, bei der wir glauben, dass wir aufgrund des Themas eine gewisse Öffentlichkeit erreichen. Das sollten wir jetzt hier im Plenum noch diskutieren, ob es für solche Ansätze auch eine Resonanz gibt.

Abschlußdiskussion

Wo können wir konkret zusammenarbeiten?

Vorschlag: Themenspezifischen Kooperation zum Thema Assoziierungsabkommen.

Dies möglichst noch innerhalb der nächsten Tage, um die nächste Verhandlungsrunde am 22. März oder die abschließenden Verhandlungsrunden Ende April noch beeinflussen zu können. Auch die Verhandlungsführer seitens der EU-Kommission, nicht nur z.B. Pharmakonzerne sollen merken, daß es Bürger in Europa gibt, die sich dagegen stellen.

Bisherige Aktivitäten und Möglichkeiten für Aktionen

Es gibt 5 Gruppen, die dazu schon mehr oder weniger intensiv gearbeitet haben: Öku-Büro München, Infobüro Wuppertal, CIR in Münster, Nicaragua-Forum Heidelberg (Betreiber der Internet-Seite zum Assoziierungsabkommen), Nicaragua Verein Hamburg. Ebenfalls aktiv ist das FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika) in Berlin.

Es gibt die Internet Seite <http://www.stop-assoziierung.de/> für aktuelle Informationen, mit Interviews und Stellungnahmen von Menschen aus Zentralamerika, sowie die gedruckte Zeitung für grundlegende Informationen, um zu verstehen, welche die grundlegenden Bedenken an dem Vorhaben sind.

Beim aktuellen Informationsstand vieler Gruppen fällt eine Entscheidung über Aktivitäten zum Assoziierungsabkommen schwer.

Die genannten Medien bieten eine erste Informationsgrundlage, mit deren Hilfe der Nicaragua-Gruppen entscheiden können, ob und wie sie sich mit diesem Thema beschäftigen wollen.

Daran schließt sich erst die Frage an, was hier getan werden kann.

Über die Kontakte auf der Internet-Seite können Gruppen, die regionale Veranstaltungen machen wollen, jederzeit anfragen: es können meist auch kurzfristig fachkundige ReferentInnen vermittelt werden, die dazu anreisen. Auch wenn nur wenig Publikum zu erwarten ist, sollte das kein Hinderungsgrund sein, eine ReferentIn einzuladen, auch die Finanzierungsseite kann geregelt werden.

Es gibt auch einen Powerpoint-Vortrag auf der Internet-Seite, falls eine Gruppe eine Veranstaltung machen möchte, aber keine ReferentIn einladen möchte/kann.

Weiteres Material kann vermittelt werden: es gibt eine Bildungsbroschüre ‚Freihandel und Widerstand in Lateinamerika‘ für z.B. Schulveranstaltungen, Bananen-Aufkleber ‚Stop Assoziierung‘, Protest-Postkarten an die EU.

Dort kann außerdem die Zeitung auch als PDF heruntergeladen werden mit Interviews von Betroffenen und Bildern.

Ziele der Aktivitäten gegen das Assoziierungsabkommen

Einerseits soll direkt Einfluß auf die Verhandlungen genommen werden: dazu steht nur noch wenig Zeit zur Verfügung und realistisch betrachtet sind die Möglichkeiten nur noch gering, obwohl jede Chance genutzt werden sollte.

Andererseits geht es um Bildungsarbeit, um Bewußtseinsbildung zum Nord-Süd-Zusammenhang an diesem konkreten Thema: was will die wirtschaftspolitische Strategie ‚Global Europe‘ der EU und eben auch der Bundesrepublik und welche Auswirkungen hat das z.B. auf die Länder in Mittelamerika? Hier lassen sich die Leitung durch ökonomische Interessen und die negativen Auswirkungen ganz konkret zeigen. So läßt sich mit den Materialien auch in den kommenden Monaten sinnvoll Bildungsarbeit machen, selbst wenn das Ziel, jetzt noch etwas zu verhindern, unerreichbar erscheint.

Der Widerspruch im Umgang mit Honduras

Nach dem Putsch in Honduras gibt es auch unter der neuen Regierung politische Morde und Straffreiheit, die ‚Wahrheitskommission‘ ist eine Farce, faktisch haben die Putschisten die Macht behalten. Die neue Regierung in Honduras wurde offiziell von der EU mit Ausnahme Spaniens nicht anerkannt, in Bezug auf das Assoziierungsabkommen wird sie aber als Verhandlungspartner akzeptiert: dieses Handeln der EU steht im Widerspruch zu ihren eigenen Grundsätzen, was auch schon zu Erklärungsnot bei einer öffentlichen Anhörung im EU-Parlament geführt hat. Die wirtschaftlichen Interessen haben für die EU offensichtlich viel größeres Gewicht, als die Frage, ob in Honduras Menschenrechte gewahrt werden.

An diesem Widerspruch und über das Honduras-Thema läßt sich Medieninteresse wecken, mit der Möglichkeit dann das gesamte Konzept solcher Assoziierungsabkommen und die Auswirkungen in den betreffenden Ländern zu thematisieren.

Andererseits drängt auch die Demokratiebewegung in Honduras darauf, im Zusammenhang mit dem Assoziierungsabkommen hier auch die Lage in Honduras zu thematisieren.

Es gibt eine konkrete Möglichkeit, aktiv zu werden: es wird Anfang bis Mitte Mai eine **Rundreise zweier Gäste**, eine aus Honduras und ein anderer aus Costa Rica, geben. Hier sind noch ca. 6 Termine frei und das ist eine gute Möglichkeit für Veranstaltungen und Pressetermine im gesamten Bundesgebiet zu diesem Themenzusammenhang.

Konkrete Maßnahmen

Auch Möglichkeiten, einen/eine EU-AbgeordneteN anzusprechen, sollten gesucht werden. Eine Öffentlichkeitsaktion aus Anlaß einer der anstehenden Verhandlungsrunden ist geplant, die an möglichst vielen verschiedenen Orten stattfinden soll.

Für die Kommunikation und Abstimmung gibt es bereit eine Mailingliste für aktuelle Informationen, auf diese Liste kann man sich über die Internet-Seite www.stop-assoziierung.de setzen.

Die Verabschiedung einer Protest-Erklärung hier und jetzt scheitert daran, daß die Vorbereitung fehlt. Es gibt allerdings bereits eine Vorlage auf einem Blatt von den fünf Mitgliedsgruppen der Kampagne. Dort werden die schlimmsten zu erwartenden Auswirkungen und Forderungen aus der Zivilgesellschaft vor Ort aufgeführt.

Langfristig ist es auch nach der Verabschiedung des Abkommens notwendig, den Prozeß der Umsetzung zu beobachten und Protest öffentlich zu machen: wie erfolgreich wird das Abkommen umgesetzt, inwieweit setzen sich die Konzerne durch, welche ökologischen Schäden entstehen, wo gibt es vor Ort Protest?

Verlinkung der Internet-Seiten aller zu Nicaragua aktiven Gruppen ist überfällig und sollte in Angriff genommen werden, nicht nur im Hinblick auf das Assoziierungsabkommen. Vorschlag: alle Gruppen mit Internet-Seite schicken einen entsprechenden Hinweis an das Info-

büro Wuppertal (zum finden mit Suchbegriff ‚Informationsbüro Nicaragua‘), das wiederum die Links verteilt.

Es wird eine **Verteilung der E-Mail-Adressen** der TeilnehmerInnen geben.

Konkrete Bündelung von Ressourcen und Materialien zu Themen bzw. Zielgruppen. Dazu muß zunächst zusammengetragen werden, was es wo gibt. Das übernimmt die CIR in Münster: alle Gruppen sind aufgefordert, dort hinzuschicken, was sie an Materialien haben. Die CIR wird ihrerseits aktiv alle Gruppen anschreiben, um dazu aufzufordern. Dazu werden die E-Mail-Verteiler von Infobüro Wuppertal und Nicaragua Verein Hamburg herangezogen. In einem zweiten Schritt wird die Materialienliste zentral auf einer Internet-Seite, z.B. Infobüro, veröffentlicht.

Ein weiteres konkretes Thema für Zusammenarbeit: Klimapolitik

Vorschlag: in einem kleinen Kreis interessierter Gruppen wird diskutiert, inwiefern sich mit Beispielen aus Nicaragua eine interessante Berichterstattung und Öffentlichkeitsarbeit zum Themenkreis Klima zustandebringen läßt: z.B. zu den Stichwörtern Entwaldung, Bergbau, Auswirkungen des Klimawandels, Bioenergieproblematik, Bioäthanol, Agrosprit, Palmöl. Dabei geht es um Klimarelevantes Verhalten/Klimapolitik hier bei uns und die Auswirkungen auf Nicaragua, nicht etwa um unsere Ratschläge für Klimapolitik an die NicaraguanerInnen. Das Thema scheint in Bezug auf Nicaragua noch wenig bearbeitet.

Das Infobüro Wuppertal schreibt alle TeilnehmerInnen an und versucht so, einen Kreis interessierter Gruppen zu finden.

Liste der teilnehmenden Organisationen

3.Welt-Haus Frankfurt am Main
Casa-Guatemala-Kogruppe Amnesty international
Christliche Initiative Romero e.V., Münster
Eine-Welt-Laden Emden
El rojito e.V., Hamburg
Horizont 3000
Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal
INPN e.V.
Nicaragua-Hilfe Bonn e.V.
Nicaragua Verein Hamburg e.V.
Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., München
Partnerschaftsverein Kreis Groß-Gerau - Masatepe/Nicaragua e.V.
Städtepartnerschaft Kreuzberg-San Rafael del Sur
Welthaus Bielefeld